

56. WT-Praxisdialog – Umsatzsteuer

Aktuelles zur Legistik und Verwaltungspraxis sowie aktuelle
Entwicklungen auf EU-Ebene

Agenda

➤ Aktuelles zur Legistik und Verwaltungspraxis

- BGBl. I Nr. 194/2022 (Änderung EStG 1988, UStG 1994, etc.)
- BGBl. I Nr. 163/2022 (Teuerungs-Entlastungspaket Teil II)
- BGBl. I Nr. 108/2022 (AbgÄG 2022)
- UStR-Wartungserlass 2022 (Auszüge)

➤ Aktuelle Entwicklungen auf EU-Ebene

- Umsetzung CESOP
- „Kleinunternehmerregelung neu“
- VAT in the Digital Age

Änderung EStG 1988, UStG 1994, etc.

BGBl. I Nr. 194/2022

COVID-19

§ 28 Abs. 53 Z 5, UStR Rz 3549

- Verlängerung Steuerbefreiung COVID-19-Impfungen und COVID-19-Invitro-Diagnostika
 - In § 28 Abs. 53 Z 5 wird die Wortfolge „1. Jänner 2023“ durch die Wortfolge „1. Juli 2023“ ersetzt.

- Anmerkung: Nullsteuersatz für Schutzmasken ebenfalls bis 1. Juli 2023 (§ 28 Abs. 54)

Teuerungs-Entlastungspaket Teil II

BGBl. I Nr. 163/2022

Anpassung Grenze LuF-Pauschalierung

§ 22 Abs. 1, 1a und 7 (UStR Rz 2851)

- **Erhöhung der Umsatzgrenze** für die Anwendung (sowie Rechtsfolgen aus Überschreiten) der **LuF-Pauschalregelung auf 600.000 Euro** (derzeit: 400.00 Euro).
- **Gleichermaßen Anpassung** der Umsatzgrenze bei **LuF von KöR.**

Beispiel 1: Landwirt A (§ 22) führt 2023 Umsätze iHv 630.000 Euro aus. 2024 Umsätze iHv 670.000 Euro. Landwirt A kann § 22 ab Veranlagungsjahr 2026 nicht in Anspruch nehmen.

Beispiel 2: Landwirt A (§ 22) führt 2023 Umsätze iHv 510.000 Euro aus. 2024 Umsätze iHv 620.000 Euro. Landwirt A kann § 22 in den Jahren 2023 und 2024 in Anspruch nehmen (jeweilige maßgebliche Umsatzgrenze – 2022: 400.000 Euro, 2023 und 2024: 600.000 Euro) nicht in zwei aufeinanderfolgenden Jahren überschritten.

- **Inkrafttreten:** Veranlagungszeiträume ab 1.1.2023

Abgabenänderungsgesetz 2022

BGBl. I Nr. 108/2022

Befreiung grenzüberschreitende Personenbeförderung mit der Eisenbahn

§ 6 Abs. 1 Z 3 lit. d (UStR Rz 727, 728, 729, 1031, 1439, 1713)

§ 6. (1) Von den unter § 1 Abs. 1 Z 1 fallenden Umsätzen sind **steuerfrei**: [...]

3. d) die Beförderungen von Personen mit **Eisenbahnen**, Schiffen und Luftfahrzeugen im grenzüberschreitenden Beförderungsverkehr, ausgenommen die Personenbeförderung auf dem Bodensee.

- **Inkrafttreten: 1.1.2023**
- aus ökologischen Gründen und als Schritt zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit internationaler Bahnverbindungen
- Wie bei grenzüberschreitender Beförderungen von Personen mit Schiffen und Luftfahrzeugen **kein Ausschluss vom Vorsteuerabzug**.
- **Fahrausweis als Rechnung** (§ 11 Abs. 9 und 10): keine Angabe des Steuersatzes

Steuerbefreiung iZm der GSVP

§ 6 Abs. 1 Z 6 lit. c und Abs. 4 Z 11, Art. 1 Abs. 3 Z 2 und Abs. 10, Art. 4 Abs. 2 (UStR Rz 736, 737, 746a, 3618, etc.)

- Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/2235
 - **Umsatzsteuerbefreiung für Einfuhren, Lieferungen** von Gegenständen oder **Dienstleistungen**, die für den Gebrauch oder Verbrauch durch die **Streitkräfte eines Mitgliedstaats** oder ihr ziviles Begleitpersonal oder für die Versorgung ihrer Kasinos oder Kantinen bestimmt sind, wenn diese Streitkräfte an einer **Verteidigungsanstrengung außerhalb ihres Mitgliedstaats** teilnehmen, die zur **Durchführung einer Tätigkeit der Union im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)** unternommen wird.
-
- **Inkrafttreten: 1.7.2022**
 - Lieferungen oder Dienstleistungen für die Streitkräfte des Mitgliedstaats, in dem die Gegenstände geliefert bzw. die Dienstleistungen erbracht werden, sind nicht steuerbefreit.
 - Kein ig Verbringen, wenn Gegenstand in das Inland gelangt und die Erwerber Streitkräfte anderer Mitgliedstaaten sind, die im Inland an einer Verteidigungsanstrengung teilnehmen

Übergang der Steuerschuld – Ausnahmen

Anpassung von § 19 Abs. 1 zweiter Satz UStG (UStR Rz 2601 ff)

§ 19. (1) [...]. Bei sonstigen Leistungen (ausgenommen die entgeltliche Duldung der Benützung von Bundesstraßen, die in § 3a Abs. 11a genannten Leistungen **sowie die Vermietung von Grundstücken**) und bei Werklieferungen wird die Steuer vom Empfänger der Leistung geschuldet, wenn [...].

- Hintergrund: EuGH 3.6.2021, Rs C-931/19, *Titanium Ltd.*
- Durch die Änderung soll bei der Vermietung von Grundstücken im B2B-Bereich in ihrer Wirkung hinsichtlich der Frage der Steuerschuldnerschaft und der daraus resultierenden Rechtsfolgen jene Situation wiederhergestellt werden, wie sie vor dem EuGH-Urteil *Titanium Ltd.* bestanden hat.
- **Kein gesondertes Inkrafttreten: 20.7.2022.**

Vor
Titanium

- Bis 31.12.2021*
- VSt im Veranlagungsverfahren
- Kein Übergang der Steuerschuld (feste Niederlassung)
- § 3a Abs. 6 (zB Steuerberater): steuerbar in Ö

Titanium

- Ab 1.1.2022
- VSt im Erstattungsverfahren**
- Übergang der Steuerschuld (keine feste Niederlassung)
- § 3a Abs. 6 (zB Steuerberater): nicht steuerbar in Ö, ZM erforderlich

Nach
AbgÄG 2022

- Ab **20.7.2022**
- VSt im Veranlagungsverfahren
- Kein Übergang der Steuerschuld (Ausnahme § 19 Abs. 1)
- § 3a Abs. 6 (zB Steuerberater): nicht steuerbar in Ö, ZM erforderlich

* ... Übergang der Steuerschuld aufgrund unionsrechtlicher Auslegung vor dem 1.1.2022 ist nicht zu beanstanden (UStR Rz 2601b).

**... Für Erstattungszeiträume, die vor dem AbgÄG 2022 enden.

Exkurs: VSt-ErstattungsVO

Verordnung BGBl. Nr. 279/1995

§ 1 (1) Die Erstattung [...] an **nicht im Inland ansässige Unternehmer** [...], wenn der Unternehmer **im Erstattungszeitraum**

1. **keine Umsätze** im Sinne des § 1 Abs. 1 Z 1 und 2 und Art. 1 UStG 1994 oder
2. nur steuerfreie Umsätze im Sinne des § 6 Abs. 1 Z 3 UStG 1994 oder
3. **nur Umsätze**, bei denen die **Steuerschuld auf den Leistungsempfänger übergeht** (§ 19 Abs. 1 zweiter Unterabsatz UStG 1994) oder
4. im Inland nur Umsätze, die unter eine **Sonderregelung** [...].

§ 2. **Erstattungszeitraum** ist nach der Wahl des Unternehmers ein Zeitraum von **mindestens drei Monaten bis zu höchstens einem Kalenderjahr**. [...].

§ 4. (1) Ist bei den in § 1 Abs. 1 genannten Unternehmern die Besteuerung nach den §§ 20 und 21 Abs. 1 bis 5 UStG 1994 durchzuführen, so sind hiebei die **Vorsteuerbeträge nicht zu berücksichtigen**, die nach § 1 Abs. 1 **erstattet worden sind**.

Exkurs: Salzburger Steuerdialog 2010

Erlass des BMF vom 7.10.2010, BMF-010219/0247-VI/4/2010

- **Innergemeinschaftliches Verbringen – Veranlagungspflicht**
 - Erstattungsfälle und Veranlagungsfälle sind zeitlich gesehen nacheinander, jedoch nicht nebeneinander möglich.
 - Durch veranlagungspflichtige Umsätze wird daher aus einem bisherigen „Erstattungsfall“ – bezogen auf den ganzen Veranlagungszeitraum – rückwirkend ein „Veranlagungsfall“.
 - Ist das normale Besteuerungsverfahren durchzuführen, sind Vorsteuern, die bereits im Erstattungsverfahren erstattet worden sind, nicht zu berücksichtigen.
- **„Erstattungsfälle“** bezieht sich primär auf Eingangsleistungen (Erstattungszeitraum auch unterjährig)
- **„Veranlagungsfall“** bezieht sich primär auf Ausgangsleistungen (Veranlagungszeitraum ist Kalenderjahr)
- Durch Ausgangsleistungen im Veranlagungszeitraum „rutschen“ **Vorsteuern** aus Eingangsleistungen für **noch nicht abgeschlossenen Erstattungszeiträume** in das **Veranlagungsverfahren**.

Veranlagungs- oder Erstattungsverfahren 2022

UStR Rz 2601b

Beispiel:

Der ausländische Unternehmer A vermietet im Kalenderjahr 2022 durchgehend ein im Inland gelegenes Grundstück, das keine feste Niederlassung darstellt, an einen Unternehmer. Als Erstattungszeitraum wurde das Kalenderhalbjahr gewählt.

Lösung:

Da A im Erstattungszeitraum (Jänner bis Juni 2022) nur Umsätze gemäß § 1 Abs. 1 Z 1 UStG 1994 ausgeführt hat, für die es zum Übergang der Steuerschuld kommt, kommt das Erstattungsverfahren für seine in diesem Zeitraum bezogenen Eingangsleistungen zur Anwendung. Da es für die Vermietungsumsätze des A ab Juli 2022 nicht mehr zum Übergang der Steuerschuld kommt (siehe Rz 2619 zum Leistungszeitpunkt bei Dauerleistungen), sind die Umsätze ab diesem Zeitpunkt im Veranlagungsverfahren zu erfassen, in dem auch allfällige Vorsteuern geltend zu machen sind. Hierbei sind gemäß § 4 Abs. 1 der Verordnung BGBl. Nr. 279/1995 idGF Vorsteuerbeträge nicht zu berücksichtigen, die nach § 1 Abs. 1 der zitierten Verordnung bereits erstattet worden sind.

Veranlagungs- oder Erstattungsverfahren 2022

Weitere Beispiele

Beispiel 1:

Der ausländische Unternehmer A hat von Jänner bis März 2022 weiterhin unverändert USt für die Vermietung eines Grundstücks an Unternehmer B in Rechnung gestellt. Danach erzielt er keine Umsätze mehr.

Lösung: *A schuldet gemäß § 11 Abs. 12 die Steuer aufgrund der Rechnung. B kann daraus keinen Vorsteuerabzug geltend machen. A kann aufgrund der bloßen USt kraft Rechnung nicht in das Veranlagungsverfahren kommen.*

Unabhängig davon kommt es aufgrund der Leistung zum Übergang der Steuerschuld auf B. B kann unter den allgemeinen Voraussetzungen den VSt-Abzug geltend machen.

Beispiel 2:

Der ausländische Unternehmer A hat von Jänner bis Juni 2022 ein Grundstück an einen Unternehmer vermietet und Reverse Charge angewendet. Danach erzielt er keine Umsätze mehr.

Lösung: *A bleibt für 2022 im VSt-Erstattungsverfahren zur Anwendung, da die Voraussetzungen des § 1 Abs. 1 der Erstattungs-VO erfüllt sind.*

Einbehaltungs- und Abfuhrverpflichtung – Ausnahmen

§ 27 Abs. 4 UStG, UStR Rz 3492

- **Anpassung** von § 27 Abs. 4 UStG entsprechend der Ausnahmen in § 19 Abs. 1 zweiter Satz UStG 1994
- **Keine** Einbehaltungs- und Abfuhrverpflichtung der Umsatzsteuer
 - NEU: Vermietung von Grundstücken
 - NEU: entgeltliche Duldung der Benützung von Bundesstraßen (Mautstraßen)
- **Kein gesondertes Inkrafttreten: 20.7.2022**

Reverse Charge: Strukturänderung UStR Rz 2601 ff

Bisher

Rz 2601:
Reverse Charge
Rechtslage bis 2009

Rz 2601a:
Reverse Charge
Rechtslage bis 2011

Rz 2601b:
Reverse Charge
Rechtslage seit 2012

Neu

Rz 2601:
Reverse Charge

Rz 2601a:
Vorsteuerabzug bei Reverse
Charge

Rz 2601b:
Besonderheiten bei
Vermietung von Grundstücken

Ausweitung Dreiecksgeschäft

Art. 25, UStR Rz 4291, 4293, 4294, 4295, 4296, 4296a

- Anpassung von Art. 25 UStG 1994
 - an Leitlinie des Mehrwertsteuerausschusses (113. Sitzung vom 3. Juni 2019) und
 - an die in den „explanatory notes“ von der Europäischen Kommission vertretene Ansicht (Quick Fixes 2020)
- Ausweitung der **Vereinfachungsregel** für Dreiecksgeschäfte auch innerhalb von **Reihengeschäften mit mehr als drei Personen**.
- Wie bisher kann immer nur **einer der am Reihengeschäft beteiligten Unternehmer** potenziell in den Genuss der **Vereinfachung** für Dreiecksgeschäfte kommen, das ist der Steuerpflichtige innerhalb der Reihe, der den innergemeinschaftlichen Erwerb tätigt, also **der Empfänger der bewegten Lieferung** ist. Für Zwecke dieser Bestimmung wird dieser Empfänger **als Erwerber bezeichnet**.

- **Inkrafttreten: 1.1.2023**

Ausweitung Dreiecksgeschäft

Art. 25, UStR Rz 4291, 4293, 4294, 4295, 4296, 4296a

➤ Voraussetzungen:

- Es liegt ein **Reihengeschäft** gemäß § 3 Abs. 15 vor.
- Der **Erwerber**
 - betreibt im Inland weder sein Unternehmen, noch hat er im Inland eine Betriebsstätte,
 - verwendet für den Erwerb weder eine inländische UID noch die UID des Ursprungsmitgliedstaates.
- Der **Erwerb** erfolgt für Zwecke einer anschließenden Lieferung des Erwerbers im Inland an einen Abnehmer.
- Der **Abnehmer** ist Unternehmer oder eine juristische Person, der bzw. die für Zwecke der Umsatzsteuer im Inland erfasst ist
- Die **Steuer** für die **anschließende Lieferung** wird gemäß Art. 25 Abs. 5 UStG 1994 vom Abnehmer geschuldet.
- Rechnung mit Hinweis auf Dreiecksgeschäft, ZM.

Ausweitung Dreiecksgeschäft

Art. 25, UStR Rz 4291, 4293, 4294, 4295, 4296, 4296a

Beispiel 1 - Sachverhalt:



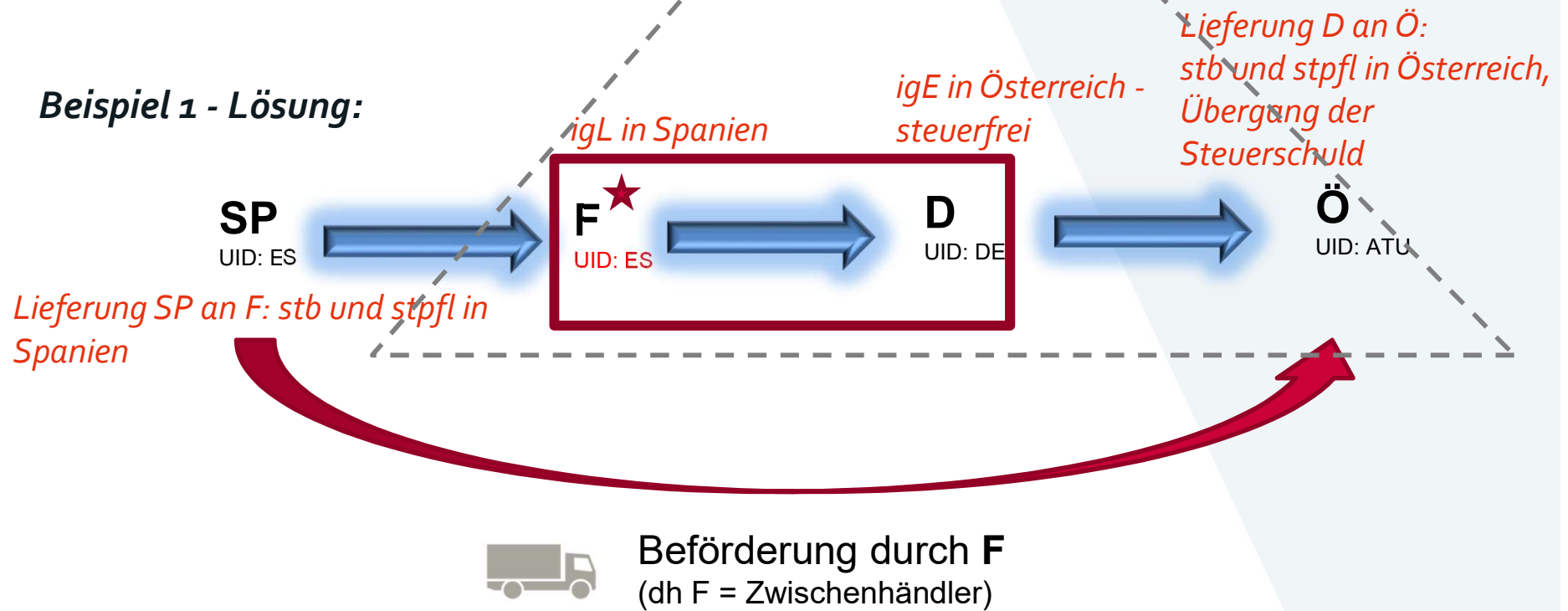
Beförderung durch **F**
(dh F = Zwischenhändler)

- *Ö bestellt bei D dort nicht vorrätige Werkzeugteile.*
- *D gibt Bestellung weiter an F mit der Bitte, sie direkt zu Ö auszuliefern.*
- *F hat die Werkzeugteile nicht auf Lager, bestellt sie bei SP und befördert sie auf seine Rechnung an Ö.*
- *F tritt mit seiner spanischen UID auf, alle anderen Unternehmer jeweils unter der UID ihres Landes.*

Ausweitung Dreiecksgeschäft

Art. 25, UStR Rz 4291, 4293, 4294, 4295, 4296, 4296a

Beispiel 1 - Lösung:



Ausweitung Dreiecksgeschäft

Art. 25, UStR Rz 4291, 4293, 4294, 4295, 4296, 4296a

Beispiel 2 - Sachverhalt:



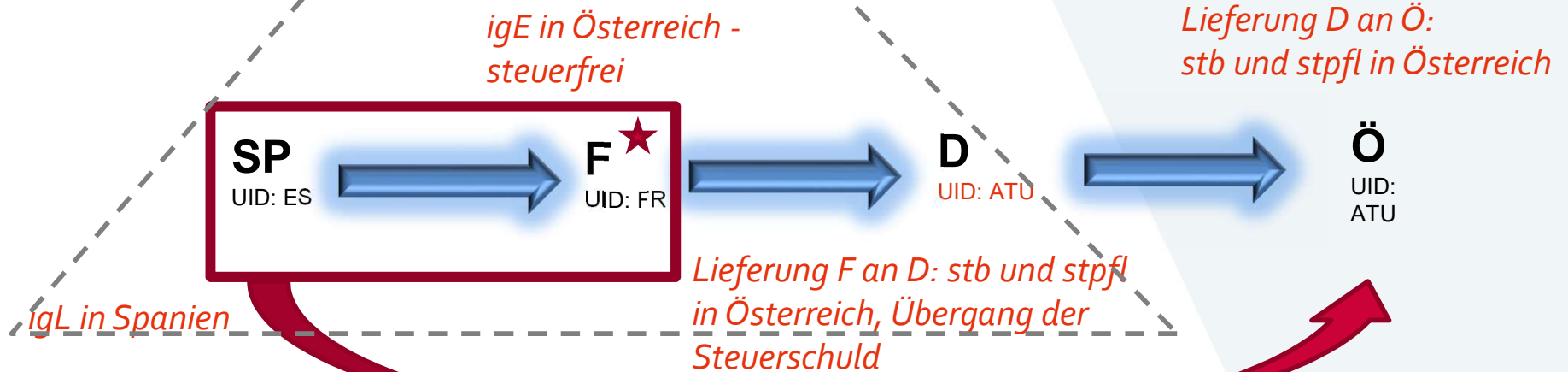
Beförderung durch **F**
(dh F = Zwischenhändler)

- *Wie Beispiel 1, nur tritt D mit seiner österreichischen UID Nummer auf und alle anderen Unternehmer jeweils unter der UID Nummer ihres Landes.*

Ausweitung Dreiecksgeschäft

Art. 25, UStR Rz 4291, 4293, 4294, 4295, 4296, 4296a

Beispiel 2 - Lösung:



Beförderung durch F
(dh F ist Zwischenhändler)

Ausweitung Dreiecksgeschäft

Art. 25, UStR Rz 4291, 4293, 4294, 4295, 4296, 4296a

Beispiel 3 - Sachverhalt:



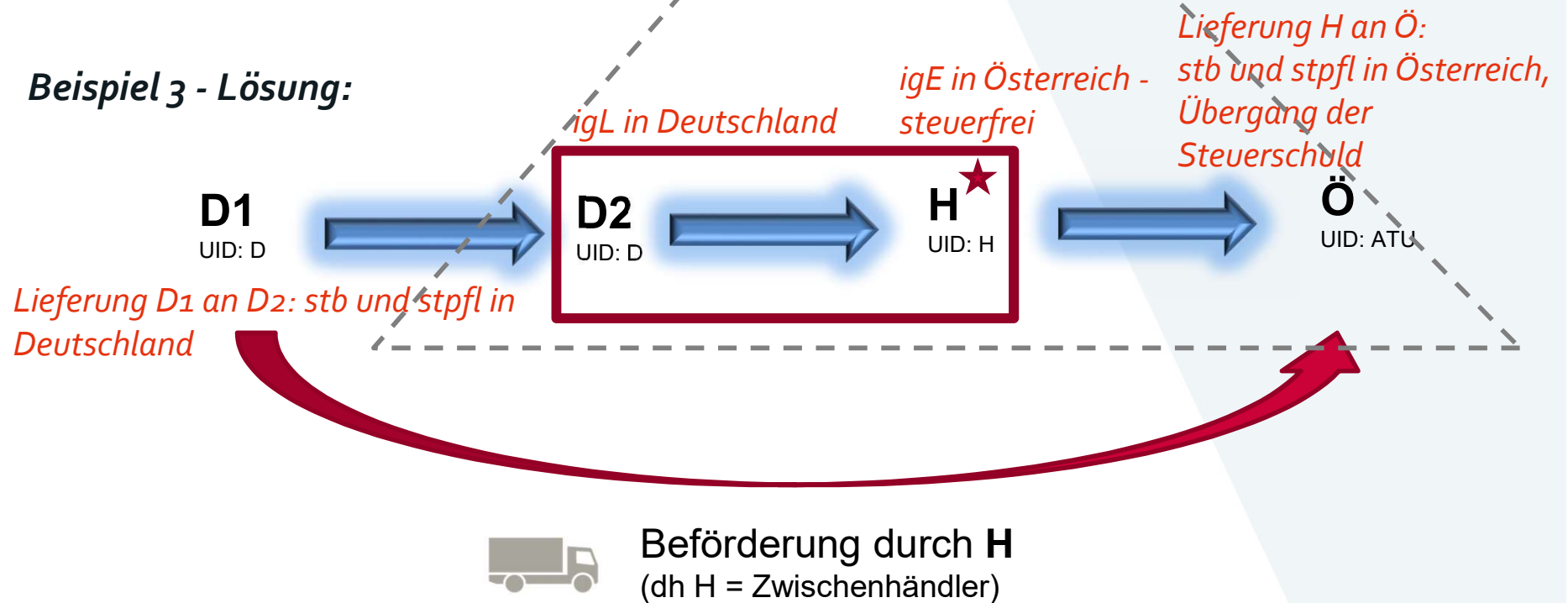
Beförderung durch H
(dh H = Zwischenhändler)

- *Ö bestellt bei H dort nicht vorrätige Werkzeugteile.*
- *H gibt Bestellung weiter an D2. D2 hat die Werkzeugteile nicht auf Lager und bestellt sie bei D1.*
- *H befördert die Werkzeugteile auf seine Rechnung an Ö.*
- *Alle Unternehmer treten jeweils unter der UID ihres Landes auf.*

Ausweitung Dreiecksgeschäft

Art. 25, UStR Rz 4291, 4293, 4294, 4295, 4296, 4296a

Beispiel 3 - Lösung:



Ausweitung Dreiecksgeschäft

Art. 25, UStR Rz 4291, 4293, 4294, 4295, 4296, 4296a

Beispiel 4 - Sachverhalt:



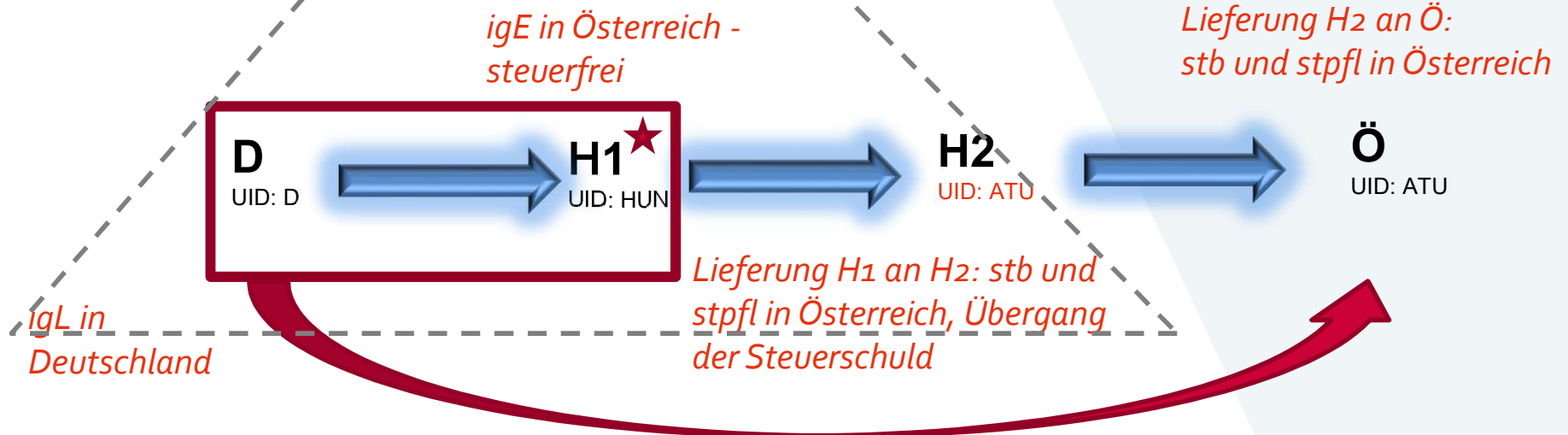
Beförderung durch **H1**
(dh H1 = Zwischenhändler)

- *Ö bestellt bei H2 dort nicht vorrätige Werkzeugteile.*
- *H2 gibt Bestellung weiter an H1 mit der Bitte, sie direkt zu Ö auszuliefern.*
- *H1 hat die Werkzeugteile nicht auf Lager, bestellt sie bei D und befördert sie auf seine Rechnung an Ö.*
- *H2 tritt mit seiner ATU auf, alle anderen Unternehmer jeweils unter der UID ihres Landes.*

Ausweitung Dreiecksgeschäft

Art. 25, UStR Rz 4291, 4293, 4294, 4295, 4296, 4296a

Beispiel 2 - Lösung:



Beförderung durch H1
(dh H1 ist Zwischenhändler)

Exkurs: Reihengeschäft – Zuordnung Warenbewegung

§ 3 Abs. 15, StRefG 2020, UStR Rz 474g

Zuordnung der Beförderung/Versendung (§ 3 Abs. 15 Z 1):

- a) Lieferung durch den **ersten Lieferer** in der Reihe, wenn er die Gegenstände befördert/versendet;
- b) Lieferung **durch den Zwischenhändler**, wenn er seinem Lieferer die UID mitgeteilt hat, die von MS, aus dem die Gegenstände versandt/befördert werden, erteilt wurde;
- c) Lieferung **an den Zwischenhändler**, wenn kein Fall der lit. b vorliegt;
- d) Lieferung **an den letzten Abnehmer** (Empfänger), wenn er die Gegenstände befördert/versendet.

Ausnahme in Fällen des § 3 Abs. 3a (§ 3 Abs. 15 Z 2):

- Lieferung durch den Unternehmer gemäß § 3 Abs. 3a Z 1 bzw. 2 („Plattform als Lieferer)

Zwischenhändler (§ 3 Abs. 15 Z 6):

- **Lieferer innerhalb der Reihe** (mit Ausnahme des ersten Lieferers), der die **Gegenstände befördert/versendet**

Exkurs: Reihengeschäft – Zuordnung Warenbewegung

§ 3 Abs. 15, StRefG 2020, UStR Rz 474h, Art. 138 Abs. 1 MWSt-RL

Zuordnung der Beförderung/Versendung (UStR Rz 474h):

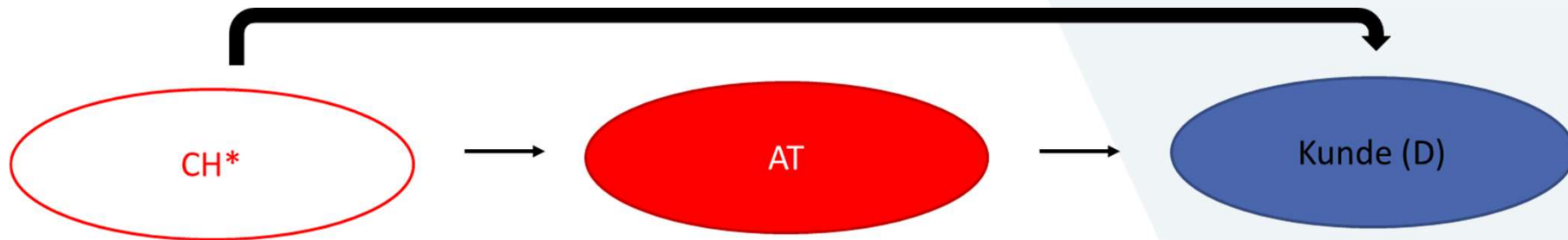
- Die Gegenstände werden grundsätzlich durch jenen Unternehmer befördert oder versendet, auf dessen Rechnung die Beförderung oder Versendung erfolgt, das ist **jener Unternehmer, der die Gefahr für den zufälligen Untergang der Gegenstände beim Transport trägt.**

Hintergrund: „explanatory notes“ des EK zu Quick Fixes 2020

- [...] **Zwischenhändler** derjenige Lieferer in der Reihe, [...] die **Beförderung** der Gegenstände **organisiert**; [...] auf **eigene Rechnung** durchführt oder über die Beförderung einen Vertrag mit einem Dritten abschließt, der dann **auf seine Rechnung** handelt.
- Jedoch Verweis auf GA Kokott in EuGH *Herst*: [...] **Zwischenhändler** also der Steuerpflichtige in der Reihe, der die **Gefahr von Verlust oder Beschädigung der Gegenstände** während der Beförderung trägt.
- Dieses **Kriterium** könnte jedoch in manchen Fällen zu **praktischen Schwierigkeiten** führen.
- [...] betonen, dass die Tatsache, dass einer der **Beteiligten** in der Reihe die **Beförderung bezahlt, allein nicht ausreicht**, um den Schluss zu ziehen, dass diese Person der **Zwischenhändler** ist.

Exkurs: Einfuhrversandhandel und Dropshipping

Keine Anwendung IOSS (§ 25b)



Dropshipping:

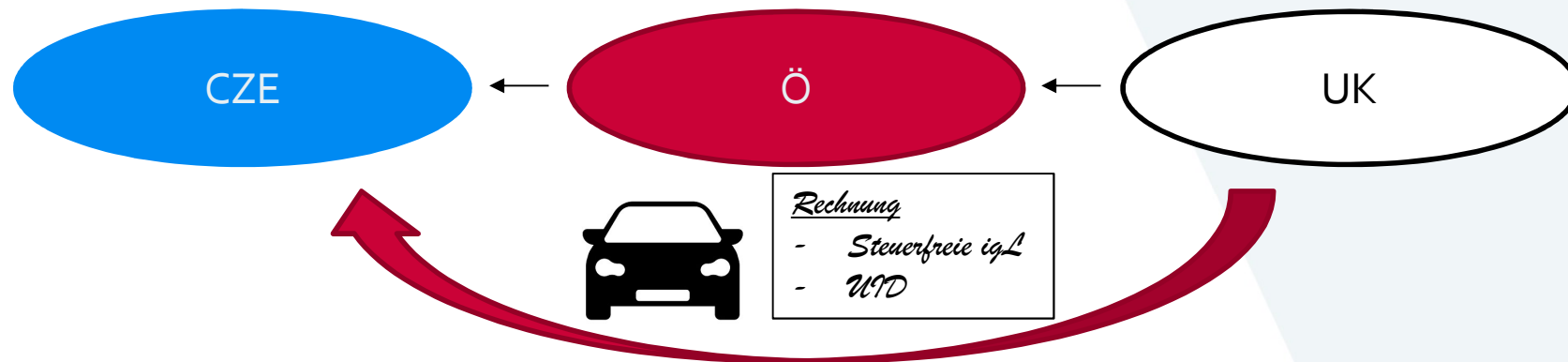
- Shop-Betreiber bietet Waren an, ohne diese auf Lager zu haben.
- Kunde bestellt Ware im Shop, Shop-Betreiber bestellt Ware (idR automatisiert) direkt beim Produzenten oder Großhändler, der die Ware direkt zum Kunden versendet.

Konsequenzen:

- Shop-Betreiber ist keine Plattform gemäß § 25b, Lieferfiktion nicht anwendbar.
- CH-AT: Ort der Lieferung gemäß § 3 Abs. 8 oder Abs. 9, steuerbar in CH oder AT.
- AT-D: Ort der Lieferung gemäß § 3 Abs. 7, steuerbar in D.
- (I)OSS kann weder von CH noch von AT genutzt werden.

Exkurs: EuGH 8.12.2022, C-247/21, *Luxury Trust Automobil GmbH*

Dreiecksgeschäft – Rechnung als materielle Voraussetzung



- Vereinfachung Dreiecksgeschäft nur dann, wenn
 - die vom **Erwerber** (mittlerer Unternehmer) ausgestellte **Rechnung** den Vorgaben der MWSt-RL entspricht
 - Art. 226 Z 11a MWSt-RL: „**Steuerschuldnerschaft des Leistungsempfängers**“
- **Weglassen** „Steuerschuldnerschaft des Leistungsempfängers“ auf Rechnung **kann auch nicht nachträglich berichtigt** (korrigiert) werden, da dies notwendige Tatbestandsvoraussetzung ist.

Exkurs: EuGH 8.12.2022, C-378/21, P GmbH gegen FAÖ

Steuerschuld kraft Rechnungslegung



Sachverhalt:

- **Eintritt zu einem Indoorspielplatz**
 - Abrechnung mittels Kleinbetragsrechnungen (§ 11 Abs. 6)
 - Normalsteuersatz anstelle des ermäßigten Steuersatzes iHv 13% ausgewiesen -> Steuerschuld aufgrund Rechnung
 - Kunden waren ausschließlich Nichtunternehmer

- In Fällen, in denen die **Kunden ausschließlich Endverbraucher** sind, liegt mangels Vorsteuerabzugsmöglichkeit der Abnehmer **keine Gefährdung des Steueraufkommens** und somit **keine Steuerschuld** aufgrund der zu hoch ausgewiesenen **Rechnung** vor.
- Die **Steuerschuld** besteht nur in **Höhe** der **Leistungsumsatzsteuer** und es braucht auch **keine Rechnungsberichtigung**.
- Allerdings ist in solchen Fällen zu § 239a BAO hinsichtlich einer **ungerechtfertigten Bereicherung** zu beachten.

Sonstige Änderungen der UStR

Auszug aus dem UStR-Wartungserlass 2022

Leistungsaustausch

UStR Rz 8

[...]

- **Parkgebühren:** Vertraglich vereinbarte Kontrollgebühren (erhöhte Parkgebühren, Bußgeld, Konventionalstrafe usw.), die beim Parken auf Privatgrundstücken für Verstöße gegen die allgemeinen Nutzungsbedingungen erhoben werden, sind **Entgelt** für einen steuerbaren Umsatz (vgl. EuGH 20.1.2022, Rs C-90/20, *Apcoa Parking Danmark A/S*).
- Die vom Bund gewährten **COVID 19 Unterstützungen**, wie der Lockdown-Umsatzersatz I, der Lockdown-Umsatzersatz II oder der Ausfallsbonus I bzw. II sowie die Kurzarbeitsunterstützungen an freie Dienstnehmer gemäß § 37b Abs. 1 Z 3 AMSG unterliegen **nicht** der Umsatzsteuer.

[...]

Umsatzsteuerentlastung bei Hilfsgüterlieferungen ins Ausland

UStR Rz 164 (neu)

- **Verordnung** des BM für Finanzen, BGBl Nr. 787/1992 idgF: unter bestimmten Voraussetzungen sind entgeltliche und unentgeltliche (Entnahmeeigenverbrauch) Hilfsgüterlieferungen **im Rahmen von nationalen oder internationalen Hilfsprogrammen in Notstandsfällen nicht steuerbare Umsätze**.
 - Bestimmungsort: Staat, der in § 5 der VO genannt wird (zB **Ukraine**)
 - **Nachweis** der widmungsgemäßen Verbringung in den begünstigten Staat
 - **Anzeige** an FA und Abgabe von **Erklärung** Abnehmer keine USt angelastet
 - Zusätzlich bei entgeltlicher Lieferung: Abnehmer ist eine **KöR** oder an eine Körperschaft, Personenvereinigung oder Vermögensmasse, die **gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke** verfolgt (§§ 34 bis 47 BAO) **ohne Recht auf Vorsteuerabzug**
 - inländisches Hilfsprogramm: Lieferungen und Sachspenden an inländische karitative Organisationen (zB Nachbar in Not, Rotes Kreuz, Caritas, Diakonie, Volkshilfe, Ärzte ohne Grenzen, SOS-Kinderdorf, UNICEF, Arbeiter-Samariter-Bund) liegt ein solches vor => davon auszugehen, dass eine widmungsgemäße Verbringung ins Ausland vorliegt (**Nachweisvorsorgepflicht**).

Vermietung – Option zur Steuerpflicht

UStR Rz 899c

- Das Vorliegen eines „neuen“ Miet- oder Pachtverhältnisses im Sinne des § 28 Abs. 38 Z 1 UStG 1994 kann auch **nicht dadurch ausgeschlossen** werden, dass es zivilrechtlich zu einem **Eintritt einer anderen Person – auf Vermieter- oder auf Mieterseite – in den bestehenden Miet- oder Pachtvertrag** kommt (VwGH 21.10.2021, Ra 2019/13/0084, zum gemäß § 1120 ABGB „zwingend“ erfolgenden Eintritt des Käufers in bestehende Bestandsverträge bei Erwerb eines vermieteten Grundstückes).
- **Unverändert: Kein Mieter- oder Vermieterwechsel** liegt hingegen vor, wenn es zur **Gesamtrechtsnachfolge** kommt (vgl. zur Verschmelzung VwGH 3.4.2019, Ro 2018/15/0012) **oder** im Rahmen einer **Umgründung** die **Unternehmeridentität** erhalten bleibt.

Reise(vor)leistungen – Margenbesteuerung

UStR Rz 2947, 2999, 3017 und 3022

- Rz 2947: Wird eine **Beförderungsleistung als Nebenleistung besorgt, kommt § 23 UStG 1994 nicht zur Anwendung**, wenn die vom Dritten bezogene Leistung keinen eigenen Zweck erfüllt, sondern nur das Mittel darstellt, um die nicht § 23 UStG 1994 unterliegende Hauptleistung optimal nutzen zu können (vgl. EuGH 22.10.1998, Rs C-308/96 und Rs C94/97, T. P. Madgett und R. M. Baldwin (The Howden Court Hotel) Rn 24 f). Dies ist zB bei einer innerstädtischen Personenbeförderung zu einem Galadiner durch ein zugekauftes Busunternehmen der Fall (zur Reisevorleistung siehe hingegen Rz 2997).
- Rz 2999: Ergänzung, dass **Gästekarten, wie bereits bisher Traveller Cards, die nicht in Zusammenhang mit anderen Reisevorleistungen verkauft werden, nach den allgemeinen Bestimmungen des UStG 1994 zu versteuern.**
- Rz 3017 und 3022: Anpassung an die mit dem AbgÄG 2022 eingeführte Steuerbefreiung bei Eisenbahnen

Aktuelle Entwicklungen auf EU-Ebene

Anstehende Umsetzungen und Initiativen der EK

CESOP – Informationsübermittlungsverpflichtungen für Zahlungsdienstleister bei grenzüberschreitenden Zahlungen

- **CESOP** – Zentrales Europäisches Zahlungsverkehrssystem
- Aufzeichnungs- und Meldeverpflichtungen für Zahlungsdienstleister in Bezug auf grenzüberschreitende Zahlungen
 - Bekämpfung des Mehrwertsteuerbetruges => MWSt-RL (keine Anknüpfung an Umsätze)
 - Anknüpfung an Zahlungsdienste-RL („PSP2“)
- **Schwellenwert:** ab 25 grenzüberschreitenden Zahlungen an denselben Zahlungsempfänger **Vermutung für wirtschaftliche Tätigkeit**
- **Inkrafttreten: 1.1.2024**

„Kleinunternehmerregelung neu“ ab 1.1.2025

- Änderung der MWSt-RL in Bezug auf die Sonderregelung für Kleinunternehmer durch RL (EU) 2020/285 von 8.2.2020
 - **Neuer Schwellenwert** für nationale Kleinunternehmersteuerbefreiung max. **85.000 Euro**.
 - **Verschiedene Schwellenwerte für verschiedene Wirtschaftsbereiche** (anhand objektiver Kriterien) möglich
 - **Nicht-ansässige Steuerpflichtige** dürfen **unionsweit max. einen Jahresumsatz von 100.000 Euro** haben
 - **Keine Unterscheidung bei nationalem Schwellenwert** zwischen im MS ansässigen und nicht ansässigen Steuerpflichtigen
 - Müssen MS, in dem sie ansässig sind, **vorab benachrichtigen**
 - **Quartalsweise Meldungen** des bewirkten Umsatzes in MS der Ansässigkeit und in jedem anderen MS

Aktuelle Initiativen der Europäischen Kommission

Anpassung des MWSt-Rahmenwerks an Plattformwirtschaft – VAT in the Digital Age (ViDA)

- **Richtlinien- und Verordnungsvorschläge der EK**
 - Änderung der MWSt-RL (COM(2022) 701 final)
 - Änderung der DVO (COM(2022) 704 final)
 - Änderung der Zusammenarbeits-VO (COM(2022) 703 final)
- **Eckpunkte:**
 - **Einzigste Mehrwertsteuerregistrierung** (insbesondere Ausweitung OSS, innergemeinschaftliches Verbringen, Ausweitung Reverse Charge)
 - **Digitale Berichtspflichten** (insbesondere Harmonisierung bestehender Berichtssysteme, Ablösen der ZM, Anpassung E-Rechnung)
 - **Rolle der Plattformen in der Besteuerung der digitalen Wirtschaft** (insbesondere Adaptierung der Aufzeichnungspflichten und Ausweitung der Steuerschuldnerfiktion)

Beabsichtigte Initiativen der Europäischen Kommission

- Aktualisierung der MWSt-Vorschriften für **Finanzdienstleistungen** (2023)
- **Reise- und Tourismuspaket** (2023)
 - Aktualisierung der MwSt-Sonderregelung für Reisebüros und -veranstalter
 - Ökologisierung der Besteuerung der Personenbeförderung
 - Touristenexport

Danke für Ihre
Aufmerksamkeit!

Kuder
BMF IV/4